

Mehrheit für längeren Wehrdienst

Franz Eder erforscht seit Jahren die Einstellung der Bevölkerung zu Sicherheitsthemen – mit überraschenden Ergebnissen.

IRIS BONAVIDA

WIEN. Wie denken Österreicherinnen und Österreicher über die Wehrpflicht, die Neutralität und die Sicherheitspolitik in ihrem Land? Seit drei Jahren geht die Universität Innsbruck dieser Frage nach und befragt 3000 Menschen regelmäßig zu ihrer Einstellung. Sicherheits- und Politikwissenschaftler Franz Eder ist Teil des Projekts – und weiß aus seiner Forschung, wie die Bevölkerung zu den Ergebnissen der Kommission steht.

SN: Laut Ihren Studien ist die Verteidigungsbereitschaft in Österreich sehr gering. Warum ist dann die Wehrpflicht so beliebt?

Franz Eder: Die Bevölkerung setzt die Wehrpflicht nicht zwangsläufig mit der Verteidigungsbereitschaft in Verbindung, sondern eher mit Krisen- und Katastrophenschutz. Das ist auch der Bereich, wo das Bundesheer ein sehr hohes Ansehen in der Bevölkerung hat. Die militärische Landesverteidigung spielt natürlich bei den Österreicherinnen und Österreichern auch eine Rolle. Allerdings wird sie nicht als so unmittelbar dringlich erachtet wie der Krisen- und Katastrophenschutz, der jährlich zum Einsatz kommt.

SN: Ändert die geopolitische Lage nichts daran?

Nein, spannenderweise nicht. Dieje-

nigen, die eine unmittelbare Kriegsbedrohung sehen, legen nicht zwangsläufig eine Verteidigungsbereitschaft an den Tag. Viel eher führt eine Diskussion über die Notwendigkeit der Resilienz eines Staates dazu, dass die Verteidigungsbereitschaft steigt. Das sehen wir bei den nordischen Staaten.

SN: Wäre eine Verlängerung des Wehrdienstes mehrheitsfähig?

Ja, das kann man ganz klar sagen. Wir haben nachgefragt, ob die Menschen einen Wehrdienst am Stück oder mit Übungen möchten. Ohne Übungen würden ihn die Befragten auf acht Monate anlegen, mit Übungen auf neun – plus vier Monate Übungen. Die Bevölkerung merkt auch, dass diese Frage nicht losgelöst vom Zivildienst gesehen werden kann. Zwei Drittel bis 70 Prozent sind dafür, dass beides gleich lange dauern sollte.

SN: Müsste die Politik dann nicht klarmachen, dass der Wehrdienst wegen der Landesverteidigung verlängert würde, nicht für den Katastrophenschutz?

Das ist ein wichtiger Punkt. Deswegen muss sich die Debatte um militärische Landesverteidigung, aber auch Katastrophenschutz, Blackouts, Sozialsysteme und Pflege drehen. Es bräuchte eine breitere Diskussion um die Frage, welches Grundkonzept wir für einen resili-

enten Staat brauchen und wer welchen Beitrag leisten kann – unabhängig von Alter und Geschlecht.

SN: Die Einstellung von Männern und Frauen zur längeren Wehrpflicht war sehr ähnlich.

Ja, bei der Altersstruktur gibt es dafür Unterschiede. Jüngere Menschen sehen den Wehrdienst etwas kritischer – es ist auch die Gruppe, die es betrifft.

SN: Liegt das an der Betroffenheit oder ist die jüngere Generation prinzipiell anders eingestellt?

Die unmittelbare Betroffenheit ist sicher ein Punkt, allerdings auch bei der älteren Bevölkerung. Sie sagt: Wir hatten auch einen längeren Wehrdienst. Die jüngere Generation setzt zwar immer noch stark, aber im Vergleich zu anderen weniger auf die Neutralität. Sie will mehr über Themen wie europäische Solidarität und Nato sprechen, aber das bedeutet nicht, dass das Bundesheer per se weniger ein Thema ist.

SN: Warum zielt sich dann die Politik so sehr davor, den Dienst zu verlängern?

Hier kann man nur spekulieren. Aber wir sehen in der Sicherheitspolitik eine zunehmende Unfähigkeit der Politik, Entscheidungen zu fällen. Man hat Angst davor, sich zu positionieren, weil die Themenbereiche stark polarisieren und populistisch ausgenutzt werden können. Eine breite Debatte würde auch andere Fragen auslösen, wie: Wie halten wir es mit der Neutralität, mit der europäischen Solidarität? Die Bevölkerung könnte aber sicher, wenn man sie informiert und einen langwierigen Prozess startet, eine Position einnehmen, die es der Politik erleichtert, Entscheidungen zu treffen.

Hinweis: Zur weiteren Bearbeitung des Themas eignen sich die Beiträge „Wie andere die Verteidigung organisieren“ (Die Presse, 20. Jänner 2026) und „Zurück zum Normalzustand“ (Kleine Zeitung, 21. Jänner 2026)

Mehrheit für längeren Wehrdienst



A) Vor dem Lesen

- Nennen Sie sämtliche Aufgaben des Bundesheeres, die Ihnen aus dem Alltag oder aus den Medien bekannt sind.
- Ordnen Sie diese Aufgaben den Bereichen „Sicherheit“, „Soziales“ oder „Politik“ und begründen Sie Ihre Zuordnung jeweils kurz.
- Diskutieren Sie, ob staatliche Pflichten junge Menschen heute stärker betreffen (sollten) als frühere Generationen, und beziehen Sie dabei gesellschaftliche Veränderungen ein.



B) Textbearbeitung

- Lesen Sie das Interview aufmerksam durch.
- Fassen Sie die zentralen Ergebnisse der im Artikel beschriebenen Befragung zur Verlängerung des Wehrdienstes zusammen.
- Analysieren Sie die im Text genannten Gründe, warum die Wehrpflicht in der Bevölkerung positiv bewertet wird, und arbeiten Sie zentrale Argumentationsmuster heraus.
- Bewerten Sie die im Artikel dargestellte Zurückhaltung der Politik gegenüber einer Verlängerung des Wehrdienstes.



C) Textproduktion

Situation: In Ihrer Schule findet eine Projektwoche zum Thema „Verantwortung in der Demokratie“ statt. Für die Schulhomepage sollen argumentative Kommentare von Jugendlichen veröffentlicht werden. Verfassen Sie einen **Kommentar** und bearbeiten dabei folgende Arbeitsaufträge.

- Fassen Sie die im Interview dargestellten Positionen zur Verlängerung des Wehr- und Zivildienstes in Österreich zusammen.
- Erläutern Sie anhand eines konkreten Beispiels aus dem Text, welche Rolle Katastrophenschutz im Meinungsbild der Bevölkerung spielt.
- Beurteilen Sie, ob eine Verlängerung des Wehrdienstes aus gesellschaftlicher Sicht sinnvoll ist.

Schreiben Sie zwischen 270 und 330 Wörter. Markieren Sie Absätze mittels Leerzeilen.



D) Weiterführende Aufgabe

Entwerfen Sie ein alternatives Modell eines verpflichtenden Gesellschaftsdienstes, welches alle Geschlechter sowie unterschiedliche Altersgruppen einbezieht.